

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

KDA



Hamburg, 30.03.2012

Schlecker – ein Symbol unerträglicher gesellschaftlicher Verwerfung

Das Thema des heutigen Tages ist die Verweigerung des Geldes für den Rettungsschirm der Schleckerfrauen. Das Gerechtigkeitsgefühl der gesamten Bevölkerung wird durch dieses Verhalten der Politik auf die Probe gestellt.

Einerseits sind Milliarden für die Finanzierung globaler Rettungsschirme vorhanden, andererseits fehlen 70 Millionen für eine Bürgschaft, die helfen soll, Brücken zu bauen. Diese 70 Millionen sollten dazu dienen, denen von Kündigung bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der in Insolvenz gegangenen Drogeriemarktkette Schlecker den Übergang in eine Beschäftigungsgesellschaft zu ermöglichen, aus der heraus sie sich neue Arbeitsplätze hätten suchen können.

Das Verhalten der Politik ist abgehoben und jenseits aller Lebenswirklichkeit, stellt der gemeinsame Arbeitskreis des Kirchlichen Dienstes der Arbeitswelt und des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf seiner Sitzung vom 30. März fest. Die Haltung der Politik in dieser Frage ist absolut unglaublich. So wird Distanz zu politischem Handeln provoziert.

Der Arbeitskreis hebt hervor, dass es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Schlecker in den letzten Jahren gelungen war, solide Interessensvertretungsstrukturen in ihrem Unternehmen zu schaffen. Diese Interessensvertretungen kämpften massiv für die Schaffung und den Erhalt von Normalarbeitsverhältnissen.

Jetzt sind sie Beteiligte im Insolvenzverfahren der Schlecker Kette und bangen bis zum Schluss um die Schaffung der Beschäftigungsgesellschaft, die am Widerstand dreier Bundesländer scheiterte.

Der gemeinsame Arbeitskreis des Kirchlichen Dienstes der Arbeitswelt und des Deutschen Gewerkschaftsbundes betont in seiner Pressemitteilung die gesellschaftliche Wirkung dieser Haltung der Politik. So wird die Politikverdrossenheit weiter befördert und aktive Teilhabe an der Politik verhindert.

Gudrun Nolte-Wacker
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

Uwe Grund
DGB Hamburg

Für Rückfragen: Uwe Grund, Vorsitzender DGB Hamburg,
Tel.: 040 2858 – 250, uwe.grund@dgb.de